

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug · Das Einzelheft 15 Pf. ohne Porto · Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend · Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibrüderstr. 5

66. Jahrgang

Berlin, den 7. März 1928

Nummer 19

## Vor der Entscheidung in der Lohnfrage

Am 8. März treten die Vertreter der Tarifparteien im deutschen Buchdruckgewerbe im Sitzungssaal des Verbandshauses in Berlin zu Lohnverhandlungen zusammen. In freier Vereinbarung sich zu verständigen, dürfte der Wunsch beider Parteien sein. Das wird aber nur dann möglich sein, wenn auf Unternehmerseite mit der Erkenntnis in die Verhandlungen eingetreten wird, daß endlich die Zeit gekommen ist, in der die Lohnfrage im deutschen Buchdruckgewerbe unter höheren sozialen und kulturellen Gesichtspunkten als bisher geregelt werden muß. Was darunter zu verstehen ist, haben wir schon in Nr. 8 vom 28. Januar und in Nr. 13 vom 15. Februar an dieser Stelle hervorgehoben.

Es ist inzwischen nichts eingetreten, was an dieser Notwendigkeit auch nur das geringste geändert hätte. Wie schon bei der öffentlichen Bekanntgabe der Kündigung des Lohns zum Ausdruck gebracht wurde, sehen die deutschen Buchdrucker mit der bei ihnen bekannten gewerkschaftlichen Disziplin und Geschlossenheit im ganzen Reiche der bevorstehenden Entscheidung in der Lohnfrage mit Ruhe entgegen. Sie werden eine friedliche Verständigung begrüßen, aber auch eine etwaige Nichtbeachtung berechtigter und erfüllbarer Forderungen mit Entschlossenheit zu überwinden wissen. Wobei wir nicht herabschlagen möchten, daß die vom Deutschen Buchdrucker-Verein im Oktober v. J. bekämpfte strikte Ablehnung des Antrags unsrer Organisationsvertreter auf eine zwischenzeitliche Erleichterung der Lebenshaltung der Gehilfenschaft nicht wenig dazu beigetragen hat, den gegenwärtigen Stand der Dinge außerordentlich zu belasten. Weder die völk- und arbeiterfeindliche Haltung großer Unternehmerverbände außerhalb des Buchdruckgewerbes, in den letzten Monaten und Wochen, noch ähnliche Erscheinungen in Unternehmerkreisen des Buchdruckgewerbes konnten die Unzufriedenheit der Arbeiterchaft in unserem Gewerbe irgendwie abschwächen beeinflussen. Es ist im Gegenteil weit eher eine Stärkung des subjektiven Willens und der organisatorischen Kräfte auf Arbeiterseite zur Brechung dieses Widerstandes zu verzeichnen. Inwieweit dieser Widerstand durch etwaige Bindungen des Deutschen Buchdrucker-Vereins an Richtlinien anderer Unternehmerverbände für die bevorstehenden Lohnverhandlungen im Buchdruckgewerbe ins Gewicht fallen wird, bleibt abzuwarten, kann aber für die Vertreter der Gehilfenschaft nicht ausschlaggebend sein. Diese sind völlig frei von solchen außerberuflichen Bindungen oder Verpflichtungen. Daß der Lohnsatz auch für das Buchdruckgewerbe zu gleicher Zeit mit vielen andern Lohnsätzen abläuft, hat nicht die Gehilfenschaft zu verantworten. Das ist allein auf die bei Festsetzung des jetzigen Lohnsatzes vor einem Jahre wie auch auf die schon erwähnte Haltung der verantwortlichen Leitung des Deutschen Buchdrucker-Vereins im Herbst v. J. zurückzuführen. Daß die Gültigkeitsdauer des laufenden Lohnabkommens allgemein als zu lang empfunden wurde, ist eine natürliche Folge dieser Haltung der Tarifpartner auf Unternehmerseite. Auch die Gefahr einer willkürlichen Beeinflussung der Preisgestaltung durch Unternehmerparteien und Konzern, in der Richtung einer noch stärkeren Belastung der Lebenshaltung der großen Masse des Volkes ist leider immer noch viel zu groß, um von einer Stabilität auf längere Sicht und der Möglichkeit langfristiger Abschüsse auf dem Lohngebiete ernstlich reden zu können. Etwas Spekulationen auf gesetzlich-diktatorische Eingriffe zugunsten der Arbeiterchaft dürften sich ebenfalls als verfehlt erweisen. Denn eine zweckmäßige-Erhaltung des gewerblichen Friedens würde

dadurch doch nicht zu erzielen sein. Um so vorteilhafter und notwendiger für das gesamte Gewerbe wird deshalb nach wie vor eine selbständige Vereinbarung der Tarifparteien unter sich selbst bleiben.

Sind also schon genügend äußere Anzeichen vorhanden, die von vornherein auf größere Schwierigkeiten bei den diesmaligen Lohnverhandlungen schließen lassen, so werden diese zweifellos durch die Gegenläufe zwischen den Tarifparteien, die sich aus dem eigentlichen Kernpunkt, der Lohnerhöhung, ergeben, noch wesentlich verstärkt. Da die endgültigen Beratungen der Gehilfenvertreter erst am Erscheinungstage der vorliegenden Nummer des „Korr.“ stattfinden, und unsre Vertreter für ihre diesbezüglichen Beschlüsse keine andre Verpflichtung haben, als die materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Gehilfenschaft in objektivster Abwägung mit ihren Durchsetzungsmöglichkeiten zu halten, können selbstverständlich heute noch keine Angaben über die Höhe der Forderung gemacht werden. Der innere demokratische Aufbau unsres ganzen Verbandes, der seine stärkste Stütze in einem hoferreutlichen Vertrauensverhältnis zwischen der Kollegenchaft und ihren Führern hat, überweist diese Aufgabe der Beratung der gesamten Gehilfenvertreter. Sie werden im Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit der gesamten Kollegenchaft gegenüber das tun oder beschließen, was ihnen nach gewissenhafter Abschätzung aller Kräfte und Gegenkräfte im Interesse der Kollegenchaft, des Gewerbes und unsres Verbandes als das zweckmäßigste erscheint.

In unsrer Beleuchtung der Lohnfrage als Kulturproblem in Nr. 13 vom 15. Februar haben wir den tieferen und zugleich auch höheren Zweck der diesmaligen Lohnverhandlungen zweifelsfrei klargestellt. Es handelt sich um ein kulturelles Ziel, um eine zeitgemäße Geltendmachung von kulturellen Lebensnotwendigkeiten, die in keiner Parolenretorik legiert wurden, sondern aus dem Lebens- und Arbeitsverhältnissen unsrer Kollegen heraus erwachsen sind und als sittliche Notwendigkeit allgemein gefühlt und empfunden werden. Außerordentlich groß ist die Zahl der Zustimmungserklärungen, die uns und dem Verbandsvorstande aus allen Teilen des Reiches zu dieser öffentlichen Feststellung in letzter Zeit zugegangen sind. Noch größer ist aber auch die Übereinstimmung, die in fast allen Buchdrucker-versammlungen innerhalb der letzten Monate in dieser Frage zum Ausdruck kam. Überall, selbst in den kleinsten Druckorten, hat sich angesichts der Entwicklung fast aller Betriebe in den letzten Jahren die Überzeugung durchgesetzt, daß es genug der Ungerechtigkeit sei, die sich in dem immer größer werdenden Aufbau der Betriebe und dem bescheidenen Zustand jeder Arbeiterhaushaltung zeigt. Das Verlangen der Arbeiterchaft nach einem größeren Anteil an den Kulturgütern der heutigen Wirtschaft und Gesellschaft ist ein ernster und berechtigter Faktor geworden, der berücksichtigt werden muß, wenn nicht alle Fortschritte der Technik und der Wirtschaft sich als Sumpf und Last für den größten Teil der Menschheit erweisen sollten. Die Arbeiterchaft des Buchdruckgewerbes ist weit davon entfernt, den Unternehmern, die redlich und fleißig am Gang und Ausbau des Gewerbes mitarbeiten, eine angenehme Lebenshaltung zu mißgönnen; aber sie glaubt auch ein unbefristbares Recht darauf zu haben, daß das Gewerbe, dem sie ihre ganze Arbeitskraft widmet, ihr, der Arbeiterchaft, ebenfalls ein besseres und erträglicheres Dasein ermöglichen muß. Wenn es hier und da auch einzelne Unternehmer geben mag, die trotz der in den letzten Jahren allgemein günstigen und stetigen Konjunkturlage des Buchdruckgewerbes mit geschäftlichen

Anstimmigkeiten zu kämpfen haben, so werden diese Schwierigkeiten um so leichter zu überwinden sein, je nachhaltiger durch den Ausgang der Lohnverhandlungen bei der Gehilfenschaft die Überzeugung Platz greifen kann, daß auch ihnen Gerechtigkeit und ein größerer Anteil an den Erträgen ihrer Arbeitsleistung als bisher zuteil wird. Nur dadurch wird es möglich sein, daß der gewerbliche Frieden nicht nur auf dem Papier steht, sondern ein noch festeres Fundament für einen weiteren Auf- und Ausbau des deutschen Buchdruckgewerbes und besserer Lebensmöglichkeiten für alle seine Glieder sein und bleiben wird.

In diesem Sinne begrüßen wir die Organisationsvertreter der deutschen Buchdruckerbesitzer zu den erstmaligen Lohnverhandlungen im Verbandsaus der deutschen Buchdrucker. Die Gehilfenschaft ist stolz darauf, ihren Tarifpartnern in diesem Haus und seinen Einrichtungen zu beweisen, was sie kann und was sie will, was Treue und kollegiale Opferbereitschaft auf gewerkschaftlicher und beruflicher Grundlage zu leisten vermag. Möge der Ausgang der diesmaligen Lohnverhandlungen ein solcher sein, daß der Friede dem Gewerbe erhalten bleibt und die deutschen Buchdrucker nicht zu andern Waffen als ihren beruflichen Werkzeugen greifen müssen, um der Kultur zu dienen!

## Die „Gefahren“ einer Lohnerhöhung

oder Herrn Dr. Reinhold Krüger im Stammbuch

In der am 4. März erschienenen Nr. 10 der „Deutschen Arbeiterzeitung“ hat sich ein Herr Dr. Reinhold Krüger (Berlin) als Verfasser eines Artikels „Die Gefahren einer Lohnerhöhung für das Buchdruckgewerbe“ vorgestellt. Der gleiche Aufsatz war bis auf einige Sätze und Umstellungen schon vor drei Wochen in Nr. 14 des offiziellen Organs des Deutschen Buchdrucker-Vereins, in der „Zeitschrift“, veröffentlicht worden, aber nur mit einem bescheidenen Ansehen. Wie wir inzwischen aus Erfurt informiert worden sind, ist Herr Dr. Reinhold Krüger der neue Hauptchriftleiter der „Zeitschrift“, der zwar bisher im Organ des Deutschen Buchdrucker-Vereins weder offiziell noch sonstwie erkenntlich gemacht wurde, nunmehr aber nach Lüftung seines Bitters im „Zentralblatt der deutschen Arbeitgeber“ auch für die Leser des „Korr.“ in eine kurze schlaglichtartige Beleuchtung gerückt zu werden verdient. Seine verdeckte Probearbeit in Nr. 14 der „Zeitschrift“, die er ganz überflüssigerweise noch mit dem Interjektiv „Die falschen Kaufkraft- und Produktivitätstheorien“ der Gewerkschaften“ belastete, haben wir infolge ihrer Beliebigkeit bisher redaktionell unbeachtet gelassen. Nachdem aber der Herr Doktor den mehr als eigenartigen Takt befunden hat, aufstehende Unternehmerkreise gegen die bevorstehenden Lohnverhandlungen im Buchdruckgewerbe scharf zu machen und dafür zu sorgen, daß die Vertreter des Deutschen Buchdrucker-Vereins bei diesen Verhandlungen unter einem gewissen äußeren Druck gesetzt werden, können und dürfen wir zu einer solchen unsächlichen Beeinflussung nicht mehr schweigen. Daß diese Beeinflussung in solcher Form von einer Person an verantwortlicher Stelle im Deutschen Buchdrucker-Verein selbst ausgeht, ist zwar nicht neu. Aber sie nimmt ihr vor vornherein einen ernsteren Charakter, weil sie ihr den Stempel bestellter Arbeit aufdrückt. Mit der Behauptung, daß die Unternehmer im deutschen Buchdruckgewerbe an weitergehende Rücksichtnahme auf die Haltung des übrigen Unternehmertums in Lohnfragen gebunden seien, läßt sich nach dieser Beeinflussung anderer Unternehmerkreise durch den Hauptchriftleiter der „Zeitschrift“ in eigener Sache kein Staat mehr machen. Diese Karte ist aufgedeckt!

In der Sache selbst, d. h. bezüglich der „Gefahren einer Lohnerhöhung für das Buchdruckgewerbe“ und die „falschen Kaufkraft- und Produktivitätstheorien“ der Gewerkschaften, ist eigentlich nicht viel zu sagen. In fast allen Artikeln des „Korr.“ in letzter Zeit, die sich mit der Lohnfrage befassen, ist sowohl die Bedeutung der Kaufkraft aus höheren Löhnen, wie auch der Produktivität klar und deutlich hervorgehoben worden; zuletzt erst in voriger Nummer. Es handelt sich dabei meist um Beweiskürzungen aus Unternehmerkreisen selbst. Auch fehlt es nicht an vielen

Bewellen aus Geschäftsberichten aus dem Buchdruckgewerbe, wonach zeitweise sinkende Kaufkraft der großen Masse in den letzten Jahren in der Regel auch den Geschäftsgang einzelner Buchdruckerbetriebe ungünstig beeinflusst hat, während Steigerungen der Kaufkraft, die nur auf höhere Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten zurückzuführen sind, auch für das Buchdruckgewerbe sehr günstig waren. Die in unserm Besitz befindlichen Geschäftsberichte aus dem Buchdruckgewerbe, in denen solche Beweise ungewidmet enthalten sind, würden die didaktische Wertkarte des Herrn Dr. Krüger ausfüllen. Mit seinem theoretischen Gegenbeweis gegenüber den „Kaufkraft- und Produktivitäts-Theorien“ der Gewerkschaften ist es daher möglich. Wir wollen uns daher auch nicht weiter darauf einlassen und zunächst unsern Gehilfenvertretern bei den diesmaligen Lohnverhandlungen das Nötige überlassen.

Nur zwei Punkte, die Herr Dr. Krüger in stark abweichender Form von seinem Artikel in der „Zeitschrift“ in der „Deutschen Arbeiterzeitung“ in den Vordergrund gestellt hat, verdienen noch eine besondere Klarstellung. Es handelt sich um den Umfang der übertariflichen Entlohnung und um die Lehrlingsfrage. Er verweist zunächst darauf, daß nach unsern eignen Angaben die übertarifliche Entlohnung im deutschen Buchdruckgewerbe im Reichsdurchschnitt 13,5 Proz. betrage und fährt dann fort: „In Berlin nimmt kein Maschinenfeger Arbeit unter einem Wochenlohn von 90 M. an, Wochenlöhne von 100 bis 120 M. sind durchaus nichts Seltenes.“ In Nr. 14 der „Zeitschrift“ steht in Dr. Krügers Artikel dieser letzte Satz über die Berliner Maschinenfeger. Man kann bezüglich einer gewissen Lohnattitüde einzelner Berufsgruppen zweifellos auch von gewerkschaftlichen Gesichtspunkten aus Bedenken haben. Aber es darf dabei auch nicht unbeachtet bleiben, daß hierfür bestimmte Gründe vorhanden sind, die eine solche Lohnattitüde auf Seiten der Maschinenfeger erst hervorgerufen haben. Und das sind die von der örtlichen Zeitung des Vereines Berliner Buchdruckerbetriebe seit Jahr und Tag schon organisierten Versuche zur Herabbildung der Löhne der Maschinenfeger. Daß diese Versuche schon unternommen wurden, als die übertarifliche Entlohnung der Berliner Maschinenfeger weit niedriger war als heute, ist nicht zu bestreiten. Wenn sich daher die Berliner Maschinenfeger dagegen wehren, und statt des von den Unternehmern beabsichtigten Lohnabbaues sogar eine Erhöhung der übertariflichen Lohnzulagen erzielen, so mögen sich die Berliner Buchdruckerbetriebe bei ihrer örtlichen Vereinsleitung dafür bedanken, daß sie den Maschinensehern erst den sogenannten Tipp dazu gegeben hat, wie man es machen kann, immer noch im Rahmen, wenn auch am Rande tariflicher Verpfändungen die übertarifliche Entlohnung nicht nur zu sichern, sondern noch zu verbessern. Auffallend ist nur, daß Herr Dr. Krüger in seinem ursprünglichen Artikel in Nr. 14 der „Zeitschrift“ von dieser Sache nichts verlausen ließ, daß für aber um so stärkeren Eindruck in der „Deutschen Arbeiterzeitung“ zu erwecken versuchte. Auch scheint der neue Hauptartikel des Prinzipalsorgans gar nicht zu wissen, daß in vielen andern Gewerben die tariflichen Löhne ebenfalls nur Mindestlöhne sind und der größte Teil der Fabrikarbeiter im Bau- und Holzgewerbe wie in der Metallindustrie wesentlich höhere Löhne erhält als die tariflichen Mindestlöhne.

Weit schlimmer und von rein tariflichen Gesichtspunkten aus höchst unklug ist dann aber die Klage des Herrn Dr. Krüger über eine angebliche monopolistische Arbeitsmarktherrschaft der Buchdruckerwerkschaften. Er schreibt nämlich in seinem Aufsatz in der „Deutschen Arbeiterzeitung“: „Durch das Mittel verminderter Lehrlingszahl und der Verhinderung der Buchdruckergehilfen eine planmäßige Heranbildung von Lehrlingen und Erreichen dadurch eine ständige Verknapfung des Arbeitsmarktes. Die Heranbildung von Arbeitskräften ist in den letzten Jahren ständig hinter den Bedürfnissen des Buchdruckgewerbes zurückgeblieben.“ Das ist jedenfalls der Gipfel eines berufs- und tariffremden Beschäftigungswesens für einen Hauptartikel des Unternehmerorgans im Buchdruckgewerbe. Von den Ursachen und Vorteilen der Lehrlingsordnung für das deutsche Buchdruckgewerbe und ihrem paritätischen Zustandekommen scheint dieser Mann anscheinend gar nichts zu wissen oder gehört zu haben. Von der großen Arbeitslosigkeit gelernter Buchdruckergehilfen in Zeiten rückläufiger Konjunktur im Buchdruckgewerbe hat er auch keine Ahnung. In der „Zeitschrift“ selbst, also in dem seiner geistigen Leitung unterstellten Organ, hat er zwar von dieser speziellen Arbeitslosigkeit noch nichts zu Papier gebracht; es scheint ein gewisser Zenjunkturismus über vorgebeugt zu haben.

Seinen ganzen, mit dem Dokortitel potentierten homocapienten konzentriert Herr Dr. Krüger in seiner Schmaragdrepertoire über „Die Gefahren einer Lohn-erhöhung für das Buchdruckgewerbe“ auch in der „Deutschen Arbeiterzeitung“ zum Schluß in folgender Weise: „Es besteht also weder aus Gründen veränderter Lebenshaltungskosten, noch im Interesse der Absatzbelegung irgendein Anlaß, neue Lohn erhöhungen vorzunehmen. Vielmehr muß alles daran gesetzt werden, um diese zu vermeiden. Die Arbeiterzeitung sollte doch aus der Inflationszeit gelernt haben, daß höhere Löhne mit Naturnotwendigkeit hohe Preise nach sich ziehen. Sie sollte doch endlich auch erkannt haben, daß das Rennen zwischen Lohn und Preis immer zugunsten des Letzteren endet.“ Was die veränderte Lebenshaltung anbetrifft, hat

es gar keinen Zweck, sich mit Herrn Dr. Krüger länger auseinanderzusetzen einzulassen. Denn vom Arbeiterhaushalt scheint er nur sehr wenig Ahnung zu haben. Und was sein Verständnis für die Notwendigkeit und Voraussetzungen einer weiteren Absatzbelegung angeht, so ist es für den Hauptartikel des Unternehmerorgans im Buchdruckgewerbe nicht minder bescheiden. Jeder Leser der „Zeitschrift“ kann sich bestätigen, daß Absatzbelegung das A und O jeder vernünftigen Geschäftsführung ist, insbesondere aber für das Buchdruckgewerbe einen unentbehrlichen Faktor darstellt. Daß Absatzbelegung ohne Erhöhung der Kaufkraft der Löhne, also ohne Verringerung der Spannung zwischen Preis und Lohn, kaum möglich ist, weiß heutzutage jede Marktfrau. Wenn trotzdem Herr Dr. Krüger die Ansicht vertritt, daß alles daran gesetzt werden müsse, um dies zu vermeiden, so wird ihn die weitere Entwicklung der Dinge in den nächsten Tagen und Wochen in unserm Gewerbe eines andern belehren. Denn gerade die Inflationszeit hat die Arbeiterzeitung zwar gelehrt, daß zwischen Lohn und Preis ein natürlicher Zusammenhang besteht, daß aber die höchsten Preise für die Rohstoffe, wenn sie nicht mehr im Einklang mit der Kaufkraft der großen Masse des Volkes sind. Lassen wir also zunächst die Preise aus dem Spiel und erhöhen die Löhne; dann wird es auch bei gleichbleibenden Preisen noch genug Möglichkeiten geben, die Betriebe ertragreicher zu gestalten, vorausgesetzt, daß man in Unternehmertum erkennt, daß die menschliche Arbeitsleistung um so bereitwilliger und ergiebiger zur Verfügung gestellt wird, je einwandfreier die Gegenleistung dafür auf der Lohnseite ist.

Nehmen wir also die Dinge wie sie sind. In der „Zeitschrift“ allgemeine Lebensarten oder theoretische Spiegelreflexionen und im berufstrenden Zentralblatt der Deutschen Arbeitgeberverbände handelsübliche Schmaragderei als Antwort zu den Lohnverhandlungen im deutschen Buchdruckgewerbe. Das ist jedenfalls kein Beweis sachlicher Urteilskraft als Voraussetzung für die Erhaltung des gewerblichen Friedens. Trotzdem glauben wir; daß Herr Dr. Krüger mit seiner Strategie: jenseits der gewerblichen Grenzen sich selbst weit mehr geschadet hat als dem Buchdruckgewerbe, und der Ausgang der Lohnverhandlungen ihn davon überzeugen wird, daß er auf seine Art und Weise im deutschen Buchdruckgewerbe viel schneller unter den Schlitzen als auf einen grünen Zweig kommen kann.

### Wer und was treibt die Arbeiter zu Lohnforderungen?

Durch den gegenwärtigen guten Stand der Wirtschaft und den Ablauf einer ganzen Reihe von Konjunkturzyklen ist das Lohnproblem wieder einmal aktuell geworden und stärker als im verflochtenen Jahre in den Vorjahren und des allgemeinen Interesses getreten. Dieser Sachlage sollte auch das Unternehmertum gerecht werden und sie von der Verbreitung der Verleumdung gegen die Gewerkschaften abhalten, daß die Arbeiterzeitung in gewissen Loser Weise von ihren Führern zu Lohnforderungen aufgefordert worden ist. Sondern nämlich die Unternehmer erst dazu aufgeleitet werden brauchen, ihre Betriebe möglichst gewinnbringend zu gestalten, so wenig braucht auch den Arbeitern erst gesagt werden, daß sie zur Verbesserung ihrer mehr als dürftigen Lebenslage um einen höheren Lohn kämpfen müssen. Das ist eine Schulweisheit jedes gewerkschaftlich organisierten Arbeiters, die man ihm nicht erst heute, in einer Zeit höchstentwickelter Wirtschaftsform, zu lehren braucht und die da, wo sie etwa noch gelehrt werden müßte, den Arbeitern von den Unternehmern viel besser beigebracht wird.

Aber folgerichtig Verleumdungen werden ja auch nicht in die Welt gesetzt, um von der Arbeiterzeitung geglaubt zu werden, sie sollen vielmehr den Zweck haben, die allgemeine Öffentlichkeit irrezuführen und über die wahren Ursachen der gegenwärtigen wirtschaftlichen Spannungen hinwegzutäuschen. Nicht die Gewerkschaften und ihre Führer sind schuld an den immer wiederkehrenden Lohnkämpfen, sondern die Unternehmer selbst, indem sie die Wirtschaft als ein Erbgut zu Ausbeutungszwecken benutzen und jede Anpassung an die veränderten wirtschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse ablehnen. Zudem haben sie der Arbeiterzeitung bei allen Lohnkämpfen immer nur so viel zugegeben, um sie sich für eine Zeitlang vom Leibe zu halten, ohne zu bedenken, daß gerade darin der stärkste Ansporn liegt, das nicht Erreichte bei der nächsten Gelegenheit zu erlangen. Dieser Wille der Arbeiterzeitung zur Gestaltung erträglicher Lebensverhältnisse ist berechtigt, und niemand kann bestreiten, daß das moralische Recht auf ihrer Seite liegt. Die heutige Wirtschaft ist nicht mehr die aus der Zeit des Frühkapitalismus, sie ist vielmehr eine Angelegenheit geworden, die nicht mehr den Unternehmer allein angeht, sondern die gesamte Öffentlichkeit. Die Arbeiterzeitung erstreckt über die Erreichung erträglicher Lebensverhältnisse hinaus den berechtigten Anteil an der Wirtschaft, in der sie als Produzent und Konsument den maßgebenden Ausschlag gibt. Dieser Kampf ist es, der zu immer stärkerem Zusammenstoßen mit dem Unternehmertum führt und so lange währen wird, bis an die Stelle der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft die Form der Gemeinwirtschaft getreten ist, und weil in diesem Kampf die Gewerkschaften als ein maßgebender Faktor in der Wirtschaft und als die wirtschaftliche Inter-

essenvertretung der Arbeiterschaft auf Grund der veränderten Verhältnisse führend sein muß, deshalb wendet sich das Unternehmertum gegen sie und läßt Verleumdungen wie die eingangs wiedergegebene und viele andre in der Unternehmerpresse entstehen.

Diese Taktik der Verleumdungen und Irreführungen hält aber den Kampf nicht auf. Die aus der veränderten Wirtschaft herausgewachsene Arbeiterschaft hat sich den veränderten Verhältnissen angepaßt und erkannt, daß nicht allein der Kampf um unzureichende Lohnzulagen das Ziel des Kampfes ist, sondern die Demokratisierung der Wirtschaft. Der Lohn ist ein bedeutungsvoller Produktionsfaktor geworden, der nicht mehr durch einseitiges Unternehmertum, sondern nur im Zusammenhang mit der gesamten Wirtschaftsform geformt und geregelt werden kann. Noch mehr ist das Unternehmertum dagegen, auf den Boden einer demokratischen Wirtschaftsform gedrängt zu werden, aber die demokratische Entwicklung wird auch diesen Widerstand brechen, wie sie ihn auf vielen andern Gebieten gebrochen hat. Die Arbeiterschaft als der Träger des demokratischen Gedankens hat ihre Passivität auf dem Gebiete der Wirtschaft aufgegeben und handelnd in die Entwicklung der Wirtschaft eingegriffen.

Wie notwendig die Tätigkeit der Arbeiterschaft nach dieser Richtung ist, zeigen am besten die ungläublichen, auf die Unkenntnis der Arbeiterschaft abgestellten Argumente des Unternehmertums gegen die Lohnforderungen der Arbeiterschaft. Es bestreiten zwar die glänzende Wirtschaftskonjunktur nicht und rufen die Arbeiterschaft an, darum besorgt zu sein, daß diese Wirtschaftskonjunktur noch recht lange anhält. Aber was sagen sie der Arbeiterschaft, um deren Lohnforderungen abzuwehren? Aus einem Artikel „Preisbereinigung“ von Herrn Mahlau in Nr. 18 der „Zeitschrift“ vom 24. Februar 1928 sei folgender Satz herausgenommen: „So habe ich dann in meiner Stellung als Genossenschaftsvorsitzender und aus vielen, teils öffentlichen, teils privaten Aufgeboten und Bekennnissen heraus die sichere Überzeugung erlangt, daß eine sehr große Zahl von Lohndruckereien im abgelaufenen Jahre ohne Nutzen, ja sogar wohl zum Teil mit schweren Verlusten gearbeitet hat.“ Wir wissen, daß es unter den Prinzipalen Arienjäger gibt, die Herzen und Steine erweichen können. Wenn wir uns bis heute nach den Auffassungen dieser Schwarzmalzer (nicht Schwarzklünster) hätten richten wollen, dann hätte die Gehilfenzeit niemals Lohnforderungen stellen dürfen, dann wäre nach jedem Lohnabstuf das Gewerbe zusammengebrochen, dann hätten die Gehilfenvertreter zu allen bisherigen Lohnverhandlungen für die mitzubringenden Prinzipale noch Geld mitbringen müssen. Die Tatsachen haben aber jedesmal bewiesen, daß die Gehilfenvertreter recht daran getan haben, solchen Verleumdungen kein Gehör zu schenken. Und wenn man selbst anerkennen wollte, daß es Zeiten gegeben haben muß, in denen auch unsere Prinzipale schwer zu kämpfen gehabt haben, dann ist es doch zumindest ein starkes Stück, in dieser Zeit der Konjunktur von schweren Verlusten zu reden, um dadurch der Gehilfenzeit einen Riegel gegen ihre Lohnforderungen vorzuschieben. Gegen solche Versuche kann es wirklich keine Mühseligkeit geben. Wenn sich die Gehilfenzeit gegenüber solchen Prinzipalen von Rücksichten leiten lassen wollte, nun, dann dürften Lohnforderungen überhaupt nicht mehr gestellt werden. Aber eine Frage ist in diesem Zusammenhang doch wert, gestellt zu werden. Auf was für Zeiten warten eigentlich jene Prinzipale noch, um mit Gewinn zu arbeiten, wenn ihnen das Konjunkturjahr 1927 keine Möglichkeit dazu gegeben hat?

Also auch hieraus ist wieder ersichtlich, daß die Arbeiterschaft eine Besserung ihrer Lebenslage von der Unternehmenseite nicht zu erwarten hat. Wenn selbst das hinter uns liegende Jahr den Unternehmern noch geeignet erscheint, den Lohnforderungen der Arbeiterschaft Lebensarten, von schlechtem Geschäftsgang entgegenzuhalten, dann hat alle Hoffnung auf Verknüpfung innerhalb dieses Wirtschaftssystems aufgehört, dann können alle Lohnbewilligungen nur als eine zeitweilige Abspiegelung gelten, nicht aber als guter Wille, die berechtigten Wünsche der Arbeiterschaft zu befriedigen. Eine maßgebende Unternehmenseite bringt es sogar fertig, zu schreiben, daß der gute Beschäftigungsgang im vergangenen Jahre kein Beweis dafür ist, daß die Unternehmungen auch sehr gute Gewinne erzielt haben. Ganz abgesehen davon, daß die Auffassungen über den Begriff sehr guter Gewinne weit auseinandergehen dürften, mit dieser Formulierung wird im Gegenfall zu Herrn Mahlau aber zugegeben, daß zumindest gute Gewinne erzielt worden sind, wenn auch dem zitierten Satz dieselbe Tendenz zugrunde liegt, nämlich, die Arbeiterschaft über die wirtschaftliche Sachlage zu täuschen.

Die Unternehmer mögen sich aber gesagt sein lassen, daß sie die Arbeiterschaft damit nicht täuschen können. Die Arbeiterschaft beobachtet den Wirtschaftsschicksal, weil sie mitten drin steht und weil sie entgegen früheren Geschehnissen heute erkannt hat, daß sie nur durch die aktive Mitarbeit in der Wirtschaft ihre eigene wirtschaftliche Lage ändern kann. Nicht also die Führer zeigen die Arbeiterschaft auf, sondern die ihnen von den Unternehmern aufgeschwungene Erkenntnis, daß die Lohnfrage nicht für alle Zeiten in der bisher üblichen Weise geregelt werden kann, daß über die Erreichung des Reallohnes die Anpassung des Lohnes an die Steigerung des Sozialproduktes erreicht werden muß.



### Zwangsjchtung von Arbeitskonflikten

Der Großkampf in der deutschen Metallindustrie ist durch den verbindlich erklärten Schiedspruch des Reichsarbeitsministers beendet worden — die Absperrung von 800 000 Metallarbeitern wurde durch den Schiedspruch, der den Metallarbeitern eine Erhöhung der Spitzenlöhne um 5 Pf. brachte, vermieden. Nur ein Teilerfolg für die Metallarbeiter, wobei viele der Meinung sind, daß, wenn der große Arbeitskampf ausgefochten worden wäre, man einen größeren Erfolg erzielt hätte — eine Behauptung, die freilich nicht bewiesen werden kann. Doch wird unter der Einwirkung dieses wichtigen Schiedspruchs die Debatte über die Bedeutung der Zwangsjchtung sowohl im Lager der Unternehmer wie der Arbeiter neu angeregt werden.

Am zunächst einmal die Tatsachen festzuhalten, soll hier das Vordringen des Schiedspruchs in allen Teilen der Welt erwähnt werden. Das Anwendungsgebiet und die Strenge des Schlichtungssystems ist in den einzelnen Ländern sehr verschieden; wir stehen hier einer im Fluß befindlichen internationalen Entwicklung gegenüber, deren Umrisse sich ständig ändern. In manchen Ländern geben die Schlichtungssysteme nur die Möglichkeit der friedlichen Beilegung von Arbeitskonflikten, ohne irgendwelchen Zwang auszuüben; insbesondere bestehen in England eine Anzahl seit langer Zeit sorgfältig entwickelter Systeme zu diesem Zweck, die noch weiter ausgebaut werden sollen. Es gibt dann Länder, in welchen ein Zwang minderen Grades herrscht: z. B. die Znanprünahme der Schlichtungsschüsse ist obligatorisch und solange diese ihren Spruch noch nicht gefällt haben, darf ein Streik oder eine Absperrung nicht durchgeführt werden, wie z. B. in Kanada (wo im übrigen auch die öffentliche Meinung durch Veröffentlichung des Schiedspruchs und der ihm zugrundeliegenden Tatsachen herangezogen wird). In Südafrika zwingt der Schiedspruch die Parteien nur dann, wenn sie sich im voraus zu dessen Annahme verpflichtet haben. Ähnliche mehr oder weniger verpflichtende Systeme bestehen in Schweden, Finnland und Griechenland. Dann gibt es Zwangsjchtungen nur für bestimmte Industriezweige, wie für die Eisenbahner in England, wo das nationale Lohnamt einen verbindlichen Schiedspruch fällen kann. Eine Anzahl von Ländern sind dazu übergegangen, bindende Schiedsprüche für die Unternehmungen der öffentlichen Hand oder für lebenswichtige Betriebe einzuführen, wie Kanada, die Schweiz, die Südafrikanische Union, Länder, in welchen die Schiedsprüche sonst keine Zwangsgeltung haben. Doch gibt es heute außer Deutschland auch noch eine Anzahl von Ländern, wo Schiedsprüche für sämtliche Industriezweige verbindlich erklärt werden können: Norwegen, Australien, Neuseeland und Italien. Umfang und Schärfe des Schlichtungswesens ist auch bei diesen verschieden.

In Deutschland besteht der Zwangstarif wenigstens im Prinzip doch nur als Ausnahme. Streiks und Absperrungen sind vor dem gefällten Schiedspruch erlaubt, ebenso auch nach dem Verbindlichkeitsverständnis des Schiedspruchs; nur können sie in diesem Falle von den Organisationen der Arbeiter bzw. Unternehmer nicht unterstützt werden. In Norwegen erfolgt die Zwangsjchtung nur auf Anordnung der Regierung in Fällen, wo „wichtige Interessen der Öffentlichkeit bedroht sind“. In Australien kann der Gerichtschof den gefällten Schiedspruch mit Zwangswirkung ausstatten und dessen Durchführung mit Geldstrafen erzwingen. (Allerdings ohne Erfolg; in den letzten Jahren wurden in Australien eine große Anzahl geführter Streiks durchgeführt.) Im Gegensatz zu diesen Ländern herrscht in Italien eine drastische Form der Zwangsjchtung, wo Arbeitsgerichte den Lohn zwangsweise festsetzen und wo die Streiks als strafbare Handlungen gelten. Wir

wollen uns im folgenden allein auf die Zwangssysteme im Schlichtungswesen beschränken.

Was bedeuten die verschiedenen Zwangsjchtungssysteme? Wir können die Frage zunächst einmal als eine soziologische unter dem Gesichtspunkt des Klassenkampfes stellen. Eine nähere Untersuchung würde ergeben, daß jene Systeme in den verschiedenen Ländern je nach den vorherrschenden Kräfteverhältnissen der Klassen jeweils eine verschiedene Bedeutung haben. Das Zwangssystem kann in dem einen Falle einen Erfolg der aufstrebenden Arbeiterklasse darstellen. In dem anderen Fall kann es der Ausdruck des bereits erreichten Gleichgewichts der Kräfte zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft sein, in einem dritten Fall mag es als Unterdrückungsmittel gegen die Arbeiterschaft angesehen werden.



## Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Otto Höhne in Osnaabrück  
Eingetretten: 9. März 1878  
Jetzt Invalide



Die gesetzliche Verankerung des Tarifrechts ist ohne Zweifel ein großer Erfolg der aufstrebenden Arbeiterklasse, sie bedeutet gleichsam das Vorhinein des kollektiven Gedankens. Für die Entwicklung des Tarifwesens ist nun die Zwangsjchtung nicht notwendig, ja sie wäre ihm eigentlich abträglich. Zu wünschen wäre es, daß Tarifverträge in freier Vereinbarung, in freiem Kampf zwischen den Organisationen der Unternehmer und Arbeiter zustande kämen. Indessen sträuben sich die Unternehmer gegen die allgemeine Einführung der Tarifverträge; dann ist eben die Zwangsjchtung ein, wenn auch an sich nicht erwünschtes Mittel, sie zu den Tarifverträgen heranzuführen. Ohne Zwangstarif bzw. ohne die Möglichkeit des Zwangstarifs würden Tarifverträge vielfach überhaupt nicht zustande kommen. Insofern bedeutet er einen Fortschritt in der Richtung des kollektiven Gedankens. Was nun den Inhalt der Schiedsprüche anbelangt, so kann die Mitwirkung des Staates beim Zustandekommen von Tarifverträgen, die ohne Zweifel auch eine politische Angelegenheit ist, ausgleichend und das allgemeine Lohnniveau hebend wirken, wenn nämlich die politische Kraft der Arbeiter-

schaft größer ist als ihre wirtschaftliche Machtstellung. In Konjunkturgelien wird dies weniger in Erscheinung treten, weil dann die Arbeiterschaft durch Streiks vielleicht bessere Arbeitsbedingungen erkämpfen könnte, um so mehr aber in Krisenzeiten, wo die lohnbrüdernde Tendenz der großen Arbeitslosigkeit durch die staatliche Intervention unter der erwählten Bedingung gemildert werden kann. Inwiefern können Zwangstarife auch als Unterdrückungsmittel gegen die Arbeiterschaft angewendet werden, wie dies in Italien der Fall ist, wo unter der Herrschaft dieses Systems fortwährend drastische Lohnherabsetzungen erfolgen, obwohl die Lebensunterhaltskosten nicht zurückgehen wollen. Nach dem italienischen Gesetz müssen die „höheren Interessen der Produktion unter allen Umständen gewahrt werden“. Darunter versteht man aber in Italien die höheren Interessen des Kapitals und läßt die Arbeiterschaft, nicht zuletzt zum Schaden der gesamten Volkswirtschaft, verhungern.

Wir können aber die Frage nach der Bedeutung des Schlichtungswesens auch noch unter anderen als soziologisch-politischen Gesichtspunkten betrachten. Rein wirtschaftlich bedeutet es die Vermeidung von Arbeitslosenstellen und damit ohne Zweifel die Vermeidung von Produktionsausfällen: Ohne Streiks und Absperrungen wird das Sozialprodukt zweifellos höher sein als mit diesen. Hinsichtlich der sozialen Bewegung können allerdings Bedenken entstehen, daß die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften durch das Zwangssystem beeinträchtigt, die Führung von Massenaaktionen außerordentlich eingesenkt werden kann. Hier stehen wir wichtigen Problemen gegenüber. Will man den Schwung und die vorwärtsstrebende Kraft der Massenaaktionen nicht aus der sozialen Bewegung verschwinden lassen, so müssen Wege gesucht werden, wie, ohne auf die Mitwirkung des Staates bzw. die Vorteile des Schlichtungswesens zu verzichten, die Bewegungsfreiheit der Massenaaktionen gewahrt werden kann.

Was uns aber an dieser Stelle in erster Linie beschäftigt, ist die rein lohnpolitische Seite der Schiedsprüche. Die verbindlich erklärten Schiedsprüche, die gegenwärtig gefällt werden, sind zufällige Kompromisse zwischen den Forderungen der Arbeiter und der Unternehmer. Der Schlichter oder der Arbeitsminister ist wohl heute auch kaum in der Lage, einen Schiedspruch anders zu fällen, es fehlen ihm sowohl die Grundkräfte für die Lohnbestimmung wie die Unterlagen dafür. So fehlt noch die volle Anerkennung der Bedeutung der volkswirtschaftlichen Funktion hoher Löhne und des Grundsatzes, daß die Arbeiterschaft berechtigt ist, einen Anteil an der Steigerung des Produktionsertrages zu beanspruchen. Es fehlen aber auch die Unterlagen für die Beurteilung der Lage der einzelnen Industriezweige bzw. Unternehmungen. Die Unternehmer verweigern die Lohnsteigerungen mit dem Hinweis auf die für die Erweiterung der Produktionsanlagen notwendige Kapitalbildung. Wo liegt aber die richtige Grenze für die Aufteilung des Sozialprodukts in Verbrauchsanteile und zur Herstellung von Produktionsmitteln? Auch eine Anzahl anderer wichtiger Fragen sind noch unentschieden, wie z. B., ob Angleichung der Löhne in den verschiedenen Industriezweigen bzw. zwischen gelehrten und ungelehrten Arbeitern angestrebt werden soll? Ob und inwiefern die Verkaufspreise der Waren, die in dem vom Schiedspruch betroffenen Produktionszweig hergestellt werden, berücksichtigt werden sollen? Wie lange soll die Wirkungsbauer der Schiedsprüche sein? (Bekanntlich hat die Arbeiterschaft bei den deutschen Zwangstarifen insbesondere deren übermäßig lange Dauer zu beanstanden.) Gegenüber den Verdunkelungsbestrebungen der Unternehmer müßte die Änderung der Bilanzierungs- und Veröffentlichungsmethoden erzwungen werden. Vor allem ist aber der Ausbau der Untersuchungsverfahren über die Lage der betreffenden Industriezweige anzustreben. Die Zwangsjchtungssprüche können nur dann Befriedigung schaffen, wenn

### Erstes Deutsches Arbeiterlängerbundesfest

in Hannover vom 16. bis 18. Juni 1928

Vom Pressedienst des Deutschen Arbeiterlängerbundes.

Die ersten Anfänge der deutschen Arbeiterlängerbewegung lassen sich bis in den Beginn der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zurück verfolgen. Gleich der bürgerlichen Sängerbewegung (die Berliner Singakademie, 1791 gegründet, ging aus dem Salon der freisinnigen Frau Professor Rotius hervor; 1808 rief Friedrich Zelter, der ehemalige Maurergeselle und spätere Freund Goethes, die Berliner Liebertafel ins Leben) bildigten auch die Arbeiterlänger anfänglich ausschließlich den Männergesang. In ihren Reihen finden wir 1861 August Bebel als Mitglied der Gesangsabteilung des „Gewerkschaftlichen Bildungsvereins“, dem späteren „Arbeiterbildungsverein“, für den sie Bebel tatkräftig einsetzte; er bewirkt, daß ein Fiskus für 190 Taler angekauft wird und die Leipziger Stadtverordneten die Subvention des Vereins von 100 auf 500 Taler jährlich erhöhen. In Frankfurt sehen wir 1864 Ferdinand Lassalle bei der Gründung eines Arbeiterlängervereins „Sängerbund“ beteiligt. Lassalle verbanden wir das Zustandekommen des ersten Bundesliedes „Acht und Arbeit“, von Herwegh gedichtet, von keinem Geringeren als Hans von Bülow, einem nahen Freunde Lassalles, vertont.

Mit dem Erstarken der Arbeiterlängerbewegung, die sich trotz Verbot und Verfolgung während des Sozialistenengesetzes rege weiterhin entfalten konnte, hält allgemach auch die Frau ihren Einzug in die Chöre der Arbeiterlänger. Zunächst in der Minderzahl — 1894 umfaßt die

zwei Jahre früher gegründete „Liedergemeinschaft“ 513 Männer- und 27 gemischte Chöre — sehen wir ihre Beteiligungsziffer von Jahr zu Jahr steigen. Nach Beendigung des Krieges gewinnt die Frau absolute Gleichberechtigung neben dem Arbeiterlänger in ersten Volkshörsen. Es ist ein Irrtum, zu behaupten, erst nach dem Kriege hätte die Frau ihren Einzug in die Chöre des „Deutschen Arbeiter-Sängerbundes“ (in der heute bestehenden Form im Mai 1907 in Berlin gegründet) gehalten; bereits der zweite Bundeschor, im Eigenverlag der „Liedergemeinschaft“ erschienen, ist ein gemischter Chor! In diesem Einbeziehen der Frau in den Wirkungsbereich der Arbeiterchöre unterscheidet sich der Arbeiterlängerbund wesentlich und grundtätig vom Deutschen Sängerbund, der ungeachtet seines längeren Bestehens, diese Umstellung noch nicht vorzunehmen vermochte.

Da der innere Aufbau des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes ein durchaus anderer ist als der des Deutschen Sängerbundes, sollte es uns nicht wundernehmen, wenn das erste Fest der Arbeiterlänger einen andern Charakter annehmen wird, als ihn das Fest der deutschen Sänger in Hannover trug. Dem Nur-Männergesang sehen wir die Oratorienaufführungen und A-cappella-Konzerte untrer Volkshöre, Jugend- und Kinderchöre entgegen. Neben diesen tonerfüllten Darbietungen werden wir naturgemäß auch den Männerchören gebührenden Anteil an den Konzerten des I. Deutschen Arbeiter-Sängerbundesfestes einräumen. Eingebunden in all unsere Veranstaltungen, bilden sie zu einem organischen Bestandteil der gesamten Darbietungen. Nicht dem geschlossenen Umzug sämtlicher Teilnehmer und Teilnehmerinnen mit Fahnen und Standarten Ehrenwagen durch die Stadt gelten die Vorbereitungen

zu unserem Fest. Wir wollen die uns in diesen drei Tagen zur Verfügung stehende Zeit kulturell nützen. Einzig das Massenfest im Stadion zu Hannover wird alle Festteilnehmer vereinen, die im gemischten, Frauen- und Männerchor ihre Lieder anstimmen werden. Die übrige Zeit aber gehört unserer Teilnahme an den Konzerten.

Die große Zahl der Veranstaltungen wird eröffnet mit dem Begrüßungskonzert untrer hannoverscher Sänger, das Sonnabend, den 16. Juni, in der „Stadthalle“ stattfinden wird. Unter Mitwirkung des Opernhofsorchesters Hannover kommen in der „Stadthalle“ zur Aufführung: Schubert: „Mozzams Siegesgesang“; Brahms: „Schicksalslied“ und „Mit-Phapodie“; „Enteufel“ von Fried und „An das Vaterland“ von Hugo Wolf. In der großen Ausstellungshallen wird von andern Gruppen der über vier-tausend Stimmen zählenden Arbeiterlängerschaft ein A-cappella-Begrüßungskonzert dargeboten. Sodann sind acht große Chöre-Orchesterkonzerte zu nennen. Westfalen-Ost und Saragosa singen „Nach-Kantaten“, die Volksfestakademie Mannheim Beethoven: „Missa solennis“, die Gau-gruppe Berlin Berlioz: „Fausts Verdamnis“, Chöre des Bezirks Dresden geben gemeinsam ein „Brahms-Konzert“ (Mit-Phapodie, Schicksalslied, Märie und Frauenchöre), Bergischland (Rheinprovinz) wird „Judas Makkabäus“ von Händel singen und Thüringen „Salomo“ von Händel, Frankfurter Chöre bieten Haydn: „Jahreszeiten“ und Westfalen-West das Verdische „Requiem“, während die Gau-gruppe Hamburg zwei sozialistische Kantaten „Arbeitsaufrethung“ des holländischen Komponisten Dlmann im gemischten und Knöchels „Eiserne Welt“ im Männerchor singen wird.

ße von der öffentlichen Meinung als richtig empfunden werden. Dazu wäre aber deren ausreichende Orientierung nötig. Es handelt sich hier um Aufgaben, von denen man anerkennen muß, daß ihre Lösung außerordentlich schwer ist und kaum noch in Angriff genommen wurde. Will man dennoch das Zwangswahlrechtssystem nicht abschaffen, so bleibt eben nichts anderes übrig, als es in diesem Sinne auszubauen. So liegen hier bedeutungsvolle Aufgaben für die theoretische und praktische Wissenschaft, wichtige Bildungs- und Erziehungsaufgaben für die Arbeiter und die Öffentlichkeit. Die Wachsamkeit der Arbeiterkraft muß verhindern, daß der Staat durch sein Eingriffsrecht in die Wirtschaftskämpfe einen Kirchhofsrieden herbeiführt oder sich zu einem Polizeistaat entwickelt. Die Schiedsprüche des Staates, welche Kraft durch sein Eingriffsrecht außerordentlich gesteigert wird, würden ihre innere Berechtigung einbüßen, wenn sie den lebendigen Kräften der wirtschaftlichen und sozialen Bewegung, vor allem dem vorwärtstreibenden Befreiungskampf der Arbeiterkraft nicht Rechnung trügen.

### Korrespondenzen

**Baden-Baden.** In unserer gütigsten Februarversammlung referierte nach Erledigung des geschäftlichen Teils unser Bezirksvorsitzender W. M. A. (Karlzucht) über das Thema: „Wirtschaftsfragen — Gewerkschaftsfragen“. Eingehend auf die Reichsverfassung und das Betriebsratsgesetz, behandelte er anschließend das Problem Volksernährung, hierauf die technischen Fortschritte der Industrie, wie auch die Rationalisierung, die neben erhöhter Arbeitsleistung und Qualitätsarbeit einen Abbau der Arbeitskräfte brachte. Hieraus resultiert für die Unternehmer enormer Gewinn, für die Arbeiter dagegen bittere Enttäuschung. Auch unser Lohnabkommen wurde einer scharfen Kritik unterzogen und die Gehilfenvertreter aufgefordert, bei den kommenden Lohnverhandlungen alles zu versuchen, um den Forderungen der Gehilfenkraft gerecht zu werden. Das Referat, das mit großem Interesse verfolgt wurde, fand allgemeinen Beifall. Der Vorsitzende sprach hierauf dem Referenten den Dank der Versammlung aus. Den Kartellbericht, der nur lokale Angelegenheiten behandelte, erstattete Kollege E. n. s. l. Mit dem Besprechen, im Laufe des Jahres noch mehr solche bildner Vorträge in den Versammlungen zu veranstalten und um eifrige Agitation hierfür bitend, schloß Vorsitzender P. f. i. e. r die anregend verlaufene Versammlung.

**Braunschw.** Eine gütigste Februarversammlung fand am 1. März statt, um zu den bevorstehenden Lohnverhandlungen Stellung zu nehmen. Nach einer kurzen Einleitung durch den Vorsitzenden K. e. u. r. f. o. l. g. e. te sehr lebhaft Diskussion, in der eine ganze Anzahl Kollegen ihre Unzufriedenheit mit den gegenwärtigen Lohnverhältnissen kundgab und von den bevorstehenden Verhandlungen eine wirklich durchgreifende Lohnerhöhung erhoffte. Folgende Entschlüsse wurden einstimmig angenommen: „Die am 1. März 1928 jährlich verammelten Verbandsmitglieder der Städte Braunschw. und Wolfenbüttel begrüßen die Kündigung des Lohnabkommens seitens des Verbandsvorstandes und erwarten von den Gehilfenvertretern, daß sie sich bei den demnächstigen Verhandlungen mit allem Nachdruck für eine wirklich fühlbare Erhöhung der Löhne einsetzen. Die Lohnerhöhung darf nicht allein eine selbstverständliche Folge der eingetretenen Preiserhöhungen für Lebensmittel und notwendige Bedarfsartikel bedeuten, sondern sie muß namentlich auch die kulturellen Bedürfnisse der Gehilfenkraft berücksichtigen und auch in dieser Hinsicht eine tatsächliche Verbesserung der Lebenslage der Gehilfen darstellen. Das Lohnabkommen ist möglichst kurzfristig abzuschließen. Die Verammelten erklären ferner, geschlossen hinter dem Verbandsvorstande zu stehen und dessen Weisungen auch bei Anwendung des letzten gewerkschaftlichen Mittels unbedingt zu folgen.“

**Erlangen.** Unre Generalversammlung am 12. Februar war gut besucht. Der geschäftliche Teil fand glatte Erledigung. Unter „Einkäufe“ brachte Vorsitzender

P. f. i. e. r ein vom Verbandsvorstand an den Kollegen Pfister anlässlich seines am 29. Januar begangenen 90. Geburtstages gerichtete Glückwunschschreiben zur Kenntnis. Unter dem Punkt „Organisatorisches“ befaßten sich die Kollegen mit dem am 31. März ablaufenden Lohnabkommen. Es wurde in Anbetracht der sich stets verschlechternden wirtschaftlichen Verhältnisse eine Lohnerhöhung als unerlässlich bezeichnet. Eine entsprechende, einstimmig angenommene Resolution wurde an Gau- und Verbandsvorstand weitergeleitet. Aus dem vom Vorsitzenden gegebenen Jahresbericht war zu entnehmen, daß alle Versammlungen gut besucht waren. Die Bildungsanstrebungen hätten etwas besser gepflegt werden können. In der Lehrlingsabteilung wurden monatliche Frachstunden und einige Wanderungen abgehalten. Die Vorstandswahl ergab die einstimmige Wiederwahl des Gesamtvorstandes.

**Gera.** Unre letzte Versammlung am 24. Februar war gut besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete Vorsitzender K. a. n. k. e. einem verstorbenen Kollegen ehrende Worte des Gedenkens. Ferner beglückwünschte er den Kollegen P. a. u. l. K. n. o. p. f. zu seinem 40jährigen Verbandsjubiläum. Zwei Kollegen wurden aufgenommen. Der Vorsitzende gab dann die Antwort der Gewerbeinspektion auf unsere Eingabe betreffs Überstunden einer Druckerei bekannt. Aber die Antwort war die Versammlung sehr erstaunt. Trotzdem die Kollegen dem Vorstande gegenüber selbst 15 bis 20 Stunden angegeben hatten, konnte die Gewerbeinspektion bis höchstens zehn Stunden feststellen. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete die Stellungnahme zu den bevorstehenden Lohnarbitrerverhandlungen. Die Aussprache ergab, daß die bisherige Lohnhöhe ungenügend sei. Alle Bedarfsartikel sind bis über 100 Prozent gestiegen, unser Lohn aber nur um 50 Prozent. Diesmal können sich die Prinzipale nicht darauf berufen, daß die Buchdrucker schon mit die höchsten Löhne haben. Das Material, das von verschiedenen Rednern vorgetragen wurde, bewies das Gegenteil. Folgende Entschlüsse wurden einstimmig angenommen: „Die Mitgliederversammlung des Ortsvereins Gera im Verband der Deutschen Buchdrucker nimmt Stellung zu den bevorstehenden tariflichen Lohnverhandlungen. Sie sieht die bisherige Lohnhöhe als vollkommen ungenügend an. In der Erkenntnis, daß auf dem reinen Verhandlungswege ein wesentliches Zugeständnis der Unternehmer nicht erzielt werden kann, erwartet die Mitgliedschaft des Ortsvereins vom Verbandsvorstand energische Vorbereitung der notwendigen Kampfmaßnahmen im Buchdruckgewerbe. Ein eventueller Schiedsspruch darf nur angenommen werden, wenn er den berechtigten Forderungen der Gehilfenkraft im Buchdruckgewerbe vollauf Rechnung trägt. Die Lohnvereinbarung darf nur höchstens auf sechs Monate abgeschlossen werden.“ Der Ortsausschuß Gera des DGB, beschloß in seiner letzten Sitzung, ein „Fest der Arbeit“ in der Woche vom 24. Juni bis 1. Juli zu veranstalten. Der Vorsitzende machte die Kollegen noch auf die Betriebsrätefrage aufmerksam und erregte um zahlreiche Beteiligung. Aus Anlaß der 50jährigen Verbandsmitgliedschaft des Kollegen W. e. r. n. e. r. B. r. e. i. n. l. am 7. April veranstaltet der Ortsverein am gleichen Tage einen Familienabend in der „Ostostädtischen Turnhalle“.

**Jena.** Unre Generalversammlung am 3. Februar war von 107 Kollegen besucht. Abermals glänzten die notorischen Versammlungsschwänger durch Abwesenheit und zeigten damit ihre Interesselosigkeit. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils gab Vorsitzender T. h. i. e. m. e. den Jahresbericht. Seine Ausführungen verstanden die Kollegen zu würdigen. Unser Ortsverein konnte auf eine 60jährige Tätigkeit zurückblicken. Die gewerkschaftliche Arbeit wurde durch lehrreiche Vorträge unterstützt. Eine erregte Diskussion erfuhr die Parteipolitik aus unre Gewerkschaftsversammlung in den Parteizeitungen, hervorgerufen durch die Opposition. Das Versammlungsleben in der Lehrlingsabteilung hat eine Besserung erfahren. In dieser wurden sachliche und gewerkschaftliche Vorträge gehalten. Auch nahmen die Lehrlinge regen Anteil an den Wettbewerben. Die Klassenverhältnisse zeigten einen guten Abschluß, und dem Kassierer wurde für einwandfreie Kassienführung einstimmig Entlastung erteilt. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden die Polten des zweiten Vor-

sitzenden, eines Kassiers und des Kartellbelegierten neu gewählt. Der Beitrag bleibt wie bisher.

**Kiel.** Ein Vortrag mit Lichtbildern führte in unre Februarversammlung am 27. Februar die Kollegen mit ihren Damen von der „Presse bis an die Quellen des Rheins“. Die Tagesordnung war bald erledigt. Vorsitzender S. h. u. z. wies auf die demnächst beginnenden Lohnverhandlungen hin und brachte zum Ausdruck, daß die Zeiten vorbei seien, in denen die Arbeitenden sich mit dem Allernötigsten zur Befriedigung des Lebens zufriedengeben mußten. Auch die Gehilfenkraft wolle teilhaben an den Segnungen der Kultur, die bisher nur den Besitzenden offenstanden. Er hoffe, daß die Lohnverhandlungen die berechtigten Wünsche der Gehilfen erfüllen. Dann wies er auf die Wahlen zu den Betriebs- und Arbeiterräten hin, ferner bat er, die Kollegen möchten ein scharfes Augenmerk auf die Lehrlingsausstellung haben, um Tarifwirksamkeit rechtzeitig heben zu können. Zum Punkt „Gewerkschaftliches“ gab Kollege B. u. r. h. a. r. d. ein Bericht über Wirten und Gebehen der hiesigen „Bauhütte“. Dieses Arbeiterunternehmen soll in eine Gemeinnützige G. m. b. H. umgewandelt werden, um das im Besitz der Gesellschaft befindliche Gelände besser verwerten zu können. Ein Antrag, dem Ortsverein Hensburg zu seiner 60-Jahr-Feier mit der Entsendung einer Abordnung und einem Geschenk zu ehren, wurde angenommen. Den zweiten Teil leitete der Gesangsverein „Gutenberg“ mit dem Vortrag angepaßten Wanderliedern ein. In klaren Bildern und schönen Motiven erstanden nur vor aller Augen die Wunder der — ach uns Armen so verschöneren — Welt. An verfallenen Burgen und freundlichen Städtchen, an den Quartieren der Jugendherbergen und des Vereins der Naturfreunde vorbei zogen wir mit dem Vortragenden hinein ins Graubündner Land, an die Quellen des größten deutschen Stromes, des Rheins, den in diesem Jahre begrüßen zu können wir allen Kollegen in deutschen Landen wünschen.

**Konstanz a. B.** Unre Generalversammlung hatte eine gute Beteiligung aufzuweisen. Nachdem der Ausschluß eines auch aus der Schweiz ausgewiesenen Restanten beschlossen worden war, gab Vorsitzender P. a. u. l. S. h. a. r. z. den Jahresbericht, aus dem eine überaus ruhige Tätigkeit im verflochtenen Jahr zu ersehen war. Er kam auch auf die letzte Lohnerhöhung zu sprechen, die nicht einmal einen Ausgleich für die erhöhten sozialen Aufgaben gebracht haben. Für die erneute Steigerung der notwendigen Bedarfsartikel bleibe nichts übrig. Man hoffe, daß die nächste Lohnverhandlung bestimmt einen Ausgleich bringt. Den günstig zu nennenden Klassenbericht und die Bewegungstatistik gab Kassierer J. a. k. o. b. ihm wurde Entlastung erteilt. Die Lehrlingsabteilung konnte ebenfalls, laut Bericht des Lehrlingsleiters Kollegen U. m. l. a. n. d., enormen Fortschritt in Organisation und beruflicher Weiterbildung der Lehrlinge verzeichnen. Das große Vertrauen, das dem Gesamtvorstand entgegengebracht wird, kam bei der Neuwahl zum Ausdruck, indem der gesamte Vorstand einstimmig wiedergewählt wurde. Ein Beisitzer wurde neu gewählt.

**Waldenburg (Druck.)** Am 29. Januar fand hier die Generalversammlung unre Bezirksvereinigung statt. Vor der Versammlung war Gelegenheit zur Besichtigung einer Planeten-Schnellpresse mit Rotary-Anleger in der „Schleifischen Bergwacht“ gegeben. Die Vorführung und Erläuterungen durch Kollegen J. a. d. e. l. erregten großes Interesse, besonders durch das sichere Arbeiten des Apparates bewundert. Der Geschäftsleitungsbericht, „Schleifischen Bergwacht“ sei an dieser Stelle für freundschaftliches Entgegenkommen nochmals bestens gedankt. Nach der Besichtigung fand die Versammlung statt. Für den erkrankten Vorsitzenden leitete sie Kollege J. a. d. e. l. Er begrüßte die Erschienenen, besonders Kollegen Weber (Wreslau) von der Kreisleitung. Zunächst wurde der Klassenbericht gegeben. Hierauf referierte Kollege W. e. b. e. r. über „Farben-Illustrationsdruck“. Im Hand eines Bogens, der in Duplex-Autozyklendruck hergestellt war, erklärte er den Werdegang des Druckes. Er behandelte besonders die Färbung der Röhren, den Aufbau der Zirkulation, den Bogenausgang und die Einkellung der Farbe zum Papier. Mit großem Interesse verfolgten die Kollegen das Referat, und eine rege Aussprache schloß sich an. In der Aussprache zeigte es sich, daß noch viele Prinzipale dem schwierigen Bilderdruck wenig Verständnis entgegenbringen. Mit leichten Hilfsmitteln (ausgeleierter Semester), schlechten Walzen und minderwertigem Kunstpapier kommt der beste Illustrationsdruck zu keinem guten Resultat. Unter dem Punkt „Technisches“ wurden die Zusatzmittel der Farbe und die Walzenfrage behandelt. Bei der Vorstandswahl wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Den Fabrikanten König & Bauer, Bohn & Herber, Jäncke & Schneemann und Hofmann & Steinberg sei an dieser Stelle für freundschaftliche Überlegung bedegneter Welterdruck ebenfalls gedankt.

### Allgemeine Rundschau

**Weiterprüfung.** Vor der Handwerkskammer Reutlingen bestand der Druckerkollege D. i. t. t. o. G. u. l. aus Freudenstadt die Meisterprüfung. Ferner bestanden die gleiche Prüfung der Druckerkollege B. r. u. n. o. L. e. o. n. h. a. r. d. t. aus Unterschlaggen i. B. vor der Gewerbestammer Frauen; Kollege A. d. i. f. O. s. t. a. M. ö. h. n. e. r. aus Münsingen vor der Handwerkskammer Oberbayern.

**Einführung der Lehrlingsordnung in Württemberg.** Endlich hat die Lehrlingsordnung für die vier württembergischen Handwerkskammerbezirke Heilbronn, Reutlingen, Stuttgart und Ulm die ministerielle Genehmigung gefunden. Die Einführung erfolgt am 1. April d. J. Auch in der Handwerkskammerbezirk B. e. r. l. i. n. - B. r. a. n. d. e. n. b. u. r. g. und W. e. i. m. a. r. tritt die Lehrlingsordnung am 1. April in Kraft.

**Internationaler zeitungswissenschaftlicher Kongreß während der „Presse“.** Anlässlich der von Mai bis Oktober 1928 in Köln stattfindenden Internationalen Presseausstellung wird ein internationaler zeitungswissenschaftlicher Kongreß veranstaltet. Zweck des Kongresses ist die Förderung der Entwicklung der zeitungswissenschaft. Dieser erste internationale zeitungswissenschaftliche Kongreß soll in erster Linie eine internationale Annäherung der zeitungswissenschaftler und zeitungswissenschaftlichen Institute an-

Zur Mitwirkung an diesen zehn Orchesterkonzerten wurden verpflichtet das Berliner Philharmonische Orchester, das Berliner Sinfonischorchester, das Opernhausorchester Hannover und über zwanzig erste Solisten. In diesen Konzerten werden die Arbeiterjüngern und -jünger zeigen, daß es ihnen ernst ist mit der Pflege der großen und besten Kunst, die sie aufzuführen, um ihren Arbeitsbrüdern und -schwestern eine Freude zu bereiten, aus eigener Kraft sich die Werte unreer Meister zu erschließen. Zu diesen zehn Konzerten gesellen sich weitere 25 Saalkonzerte ohne Orchester. In ihnen werden neben den gemischten Chören auch die Männerchöre des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes zur Geltung kommen. Bapen und Württemberg werden gemeinsam einen Silddeutschen Volksliederabend ausfüllen; der Berliner Volkschor bringt einen Internationalen Volksliederabend, an dem als Solist Sven Schölander mitwirken wird; eine Chorgruppe des Gaues Hannover (Celle) gibt einen Roewe-Abend, Harzgau und der Pfalzgau werden ihre Programme dem Andenken von Franz Schubert widmen, dessen 100. Todestag in diesem Jahre begangen werden kann. Gau Rheinland widmet einen Abend dem Lied der „Arbeit, Kampf und Freiheit“, die Michaelischen Chöre (Leipzig) setzen sich für Erwin Wendal ein. Frankfurter Chöre mußfieren unter dem Motto „Der Männerchor der Gegenwart“, der Arbeiter-Sängerkorchor mit Frauenchor Eisenach (Gau Thüringen) und Volkschor Köln wollen ein musikhistorisches Konzert geben, der Dresdener Volksmännerchor einen Kampfliederabend, Jugendchor Eisenach und Vendobis-Quartett Leipzig, Dessauer Kinderchor und Kinderchor Hannover und der Junge Chor (Berlin) kommen als Repräsentanten der Jugend, deren Musikern im Deutschen Arbeiter-Sänger-

bund im ausgiebigsten Maße Beachtung und Pflege findet. Von ausländischen Vereinen meldete sich zu eigenem Konzert der Singverein der Sozialdemokratischen Kunststelle Wien.

Neben den Massenhören, die im Stadion am Sonntag, dem 17. Juni, mittags, gelungen werden, wollen die Sachsen am Montagmittags ein zweites Stadionkonzert gemeinsam zur Ausführung bringen. An fünfzehn verschiedenen Plätzen werden die einzelnen Chöre am Sonntag vor dem Weggang aus ihren Quartieren Freikonzerte geben.

Man rechnet, daß zu diesem Konzert 50 000 bis 60 000 singende Mitglieder des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes kommen werden.

Das zur Werbung für das Hannoverfest dienende Bundesfestplakat stellt eine äußerst glückliche und wirkungsvolle Symbolik des Gemeinschaftsgedankens durch singende Männer und Frauen dar, die oben und unten durch zweckbestimmende Schrift: Hannover 1928 — Erstes Deutsches Arbeiter-Sängerbundesfest, 16. bis 18. Juni, begrenzt wird. Der Schöpfer des Entwurfs ist der aus der Leipziger Buchdruckerhät herorgegangene Graphiker Kurt Reibetanz; gedruckt wurde es im Eigenbetrieb des Buchdruckerverbandes, der „Buchdruckerkunst“ in Berlin, deren musterartige Arbeitskräfte und Einrichtungen dem Plakat eine künstlerisch einwandfreie, hochwertige Ausführung sicherten. Das ob seiner Eigenart und Charakteristik überraschende Festplakat wird nun seinen Weg in die Lande nehmen, um mahnend und aufrüttelnd Ränder des großen musikalischen Geschehens des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes in Hannover zu sein!











Seinen Zweck, weil sich aus der unklaren Ausdrucksweise Ihres...

Alle Verbandsdrucksachen werden nicht die Proportionen...

Anzeigenpreise: 15 Pf. die nebengefaltete Millimeterhöhe für Stellen...

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 61, Dreißendstraße 5. Fernruf: Amt Bergmann...

Herausgabe eines neuen Adressverzeichnisses der Gewerkschaften...

Schweiz. Die Zeiter Fritz Hoffmann, geb. in Velva...

Adressenveränderungen (Eisenach, Luder) Vorsitzender: Paul Steimm...

Berlin (Hobensee). Vorsitzender: Gottlob Kuttler...

Sue Aufnahme gemeldet (Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beauftragte Adresse)...

Berlin. Die Zeiter Fritz Hoffmann, geb. in Velva...

Berlin. Die Zeiter Fritz Hoffmann, geb. in Velva...

Annahmeschluss: Montag und Donnerstag früh für die jeweilig nachfolgende Nummer...

Berein Gutenberg Breslau Sonntag, den 25. März, im großen Saale des „Gewerkschaftshauses“...

Bereinigung der Berliner Handscher Sonntag, den 11. März, vormittags 10 Uhr, in den „Kammerfließen“...

Brandenburgischer Maschinensekretärverein Sonntag, den 11. März, vormittags 10 Uhr, in den „Kammerfließen“...

Berein der Stereotypen und Galvanoplastiker Berlins u. Umgeg. Sonntag, den 11. März, vormittags 10 Uhr, in den „Kammerfließen“...

Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker Ortsgruppe Groß-Berlin Freitag, den 9. März, abends 8 Uhr, im großen Saale des „Berliner Klubhauses“...

Lithotypeseher in Dauerleistung bei überarbeitsfähiger Bezahlung gesucht...

Lieboldsche Begräbnisstätte für Buchdrucker und deren Ehefrauen in Leipzig

3. ordentliche Generalversammlung Tagesordnung: 1. Bericht des Kassierers...

Berliner Korrektorenverein Am Sonntag, dem 11. März, vormittags 10 Uhr, in den „Kammerfließen“...

Monotypeseher Angebots erbitte Fr. Götter, München, Implerstraße 67 Nr. 1.

Die Meisterprüfung im Buchdruckgewerbe von J. B. Uhl, Mitglied der Meisterprüfungskommission...

Gelegenheitslauf! Sofort zu verkaufen: Eine Buchdruckhandpresse...

Schriften-Einsparungen, Füllmaterial, Format u. Unterlagshefte liefert Karl Giesl...

MUSIK Instrumente für Orchester Schule und Haus...

erster Korrektor-Revisor gelernter Setzer, mit guter Allgemein- und sprachlicher Bildung...

Lithotypeseher für Simplex-Lithotypen als Hilfer für nur Werkdruck...

Typographisches Drucker Musikanten Berliner Buchdrucker...

Abendessen jeden Freitag, abends 8 Uhr, Restaurant „Zum Sängerklein“...

Am 25. Februar verstarb nach längerem Krankenlager infolge...

Am 1. März verstarb in Korchheim L. Hanau, im Alter von 78 Jahren...

Am 8. März 1862 in Berlin geboren, lebte Kollege Siebert seit 1911 im Invalidentenstande...

Am 21. Februar verstarb nach langjährigem Leiden unter lieber Kollege, der 72-jährige Herr...

Am 28. Januar verstarb unter lieber Kollege, der Herr Ludwig Bollweg...

Am 29. Februar verstarb unter lieber Kollege, der Herr Heinrich Schulze...

Am 1. März verstarb nach langer Krankheit unter lieber Kollege...

Am 20. Februar verstarb nach kurzer Krankheit unter lieber Kollege...

Am 28. Februar erlitt der Tod unser bewährtes Wortbandmitglied, den Druck...

Am 20. Februar verstarb nach langjährigem Leiden unter lieber Kollege, der 72-jährige Herr...

Am 28. Februar erlitt der Tod unser bewährtes Wortbandmitglied, den Druck...